



Die spektakuläre Festnahme des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro durch US-Spezialeinheiten hat ein geopolitisches Erdbeben ausgelöst – und die französische Diplomatie in eine heikle Lage versetzt. Während Washington die Operation als „Akt globaler Gerechtigkeit“ verteidigt, mahnt Paris die Rückkehr zum Völkerrecht an. Die Reaktion der französischen Regierung beleuchtet eine Grundspannung moderner Außenpolitik: das Ringen zwischen normativem Anspruch und strategischer Wirklichkeit.

Ein Präzedenzfall ohne Mandat

Am Wochenende hatten die Vereinigten Staaten bestätigt, Nicolás Maduro in den frühen Morgenstunden des **3. Januar 2026** festgenommen zu haben. Dabei drangen **US-Spezialeinheiten** nach einem groß angelegten Luft- und Bodeneinsatz in Venezuela in ein Anwesen im **Stadtgebiet von Caracas** ein, um den venezuelanischen Präsidenten dort zu überwältigen. Anschließend wurde er – zusammen mit seiner Ehefrau Cilia Flores – zunächst auf ein US-Marineschiff gebracht und später in die Vereinigten Staaten geflogen. Dort soll er sich wegen schwerer Vorwürfe des Drogenhandels und „Narkoterrorismus“ vor einem Bundesgericht verantworten. Ein Mandat des UN-Sicherheitsrats lag nicht vor – und genau hierin liegt das völkerrechtliche Problem.

Am 5. Januar meldete sich der französische Außenminister Jean-Noël Barrot zu Wort. In einer knappen, aber prägnanten Stellungnahme auf dem Netzwerk X kritisierte er den US-Einsatz als Bruch des Prinzips des Gewaltverbots, das im Zentrum der UN-Charta steht: „Keine nachhaltige politische Lösung kann von außen erzwungen werden“, so Barrot. Die Worte waren sorgsam gewählt: scharf im Ton gegenüber Washingtons Vorgehen, doch bewusst zurückhaltend im Urteil über Maduro selbst.

Ein kalkulierter diplomatischer Spagat

Frankreichs Reaktion folgt einer vertrauten Linie: Verteidigung des Rechtsrahmens der internationalen Ordnung, ohne dabei autoritäre Regime zu legitimieren. In seinem Statement verwies Barrot auf die „systematische Aushöhlung bürgerlicher Freiheiten“ in Venezuela unter Maduro, betonte jedoch zugleich das souveräne Recht der Venezolaner, über ihre politische Zukunft zu entscheiden.

Diese doppelte Botschaft – Kritik an der Intervention ohne Verteidigung des Regimes – zeigt ein Dilemma westlicher Demokratien im Umgang mit despotischen Regierungen: Wie lässt



sich ein normativer Ordnungsanspruch mit einer Weltlage vereinbaren, in der geopolitische Realitäten zunehmend von unilateralen Handlungen geprägt sind?

Der Élysée bleibt auffallend still

Dass Präsident Emmanuel Macron bislang persönlich zu dem Vorfall weitgehend schweigt, ist kein Zufall. Statt eines hochrangigen Statements aus dem Élysée ließ man Barrot als außenpolitische Stimme Frankreichs agieren – ein klares Signal. Es unterstreicht den Wunsch, die Kritik am Vorgehen der USA nicht zu einer diplomatischen Konfrontation ausarten zu lassen. Paris hält fest am Prinzip der multilateralen Konfliktlösung, meidet aber eine offene politische Kollision mit Washington.

Diese Linie passt zur französischen Vision einer „strategischen Autonomie“ Europas: einem außenpolitischen Selbstverständnis, das sich weder von US-amerikanischen Alleingängen noch von autoritären Einflussphären dominieren lassen will. Doch in der Praxis bleibt dieses Konzept fragil – nicht zuletzt, weil die EU in außenpolitischen Fragen oft uneins agiert.

Zersplitterte europäische Reaktionen

Tatsächlich zeigt sich innerhalb der EU ein deutlicher Riss: Während Länder wie Spanien und Irland die US-Aktion offen kritisieren, äußerten sich Staaten wie Polen oder Tschechien entweder gar nicht oder begrüßten die Festnahme stillschweigend. Diese divergierenden Haltungen erschweren eine gemeinsame europäische Position – und rücken Frankreichs Suche nach einer ausgewogenen Linie weiter in den Fokus.

Die französische Haltung spiegelt dabei ein tieferes Verständnis für die Bedeutung rechtlicher Normen im internationalen System wider. Wie der Völkerrechtler Alain Pellet gegenüber *Le Monde* erklärte, stelle die Festnahme eines amtierenden Staatsoberhauptes ohne internationales Mandat „eine schwere Erosion des Gewaltverbots und ein gefährliches Präzedenzsignal“ dar.

Die Frage nach der internationalen Ordnung

Frankreichs Position lässt sich auch als Ausdruck wachsender Sorge um die Zukunft der regelbasierten Weltordnung deuten. Seit dem Irakkrieg 2003 sind Interventionen ohne UN-



Mandat zum politischen Zankapfel geworden – und zugleich häufiger Realität. Die Festnahme Maduros steht exemplarisch für eine Entwicklung, in der sich machtpolitische Interessen über bestehende Normen hinwegsetzen.

Für Paris – traditionell ein Verfechter des Multilateralismus – ist diese Entwicklung ein Alarmsignal. Nicht nur das Recht auf nationale Souveränität steht zur Disposition, sondern auch die Glaubwürdigkeit internationaler Institutionen wie der Vereinten Nationen. In einer Zeit, in der autoritäre Regime weltweit an Einfluss gewinnen, sieht Frankreich im Schutz des Völkerrechts auch eine Verteidigung demokratischer Prinzipien.

Frankreichs Reaktion auf die Festnahme Nicolás Maduros ist keine bloße diplomatische Fußnote, sondern Ausdruck eines tiefer liegenden Konflikts zwischen normativem Anspruch und strategischer Realität. Während manche Staaten eine Weltordnung der Macht und Effizienz befürworten, besteht Paris auf der Gültigkeit des Rechts – selbst dann, wenn es dem eigenen geopolitischen Lager widerspricht. Ob dieser Kurs langfristig trägt, hängt davon ab, ob Europa als Ganzes eine kohärente außenpolitische Stimme findet – und ob es gelingt, internationale Regeln wieder mit verbindlicher Autorität auszustatten.

Autor: Andreas M. Brucker